

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

265 (11.11.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434880](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-434880)

34. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und feiertagen. Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat (einschl. Porto) 5.50 Mark, bei Nachnahme von der Expedition 5.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark auswärts 5.00 Mark.

Republik

Preis 25 Pf.

Bei den Inserenten wird die entsprechende Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Klippungen-Wahlkreisen und Umgebungen, sowie für Plakate mit 1.00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Kleinzeile 4.- Mk. Plakate 10.- Mk. Umständlich bei den Inserenten vorher erheben.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 11. November 1920 * Nr. 265

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265

Mietsteuer und Wohnungsnot.

Von K. Ellinger.

Der Parteitag in Kassel hat den Parteivorstand beauftragt, eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und andern Sachverständigen zu berufen, die die Wohnungsfrage beraten und Vorschlagsentwürfe zur Beregelung der Mietverhältnisse auszuarbeiten soll. Die vom Parteitag eingesetzte Programmkommission hat ebenfalls eine Unterkommission eingesetzt, die die Wohnungsfrage prüfen und programmatische Forderungen zu dieser Frage formulieren soll. Sie will den Arbeiten dieser beiden Kommissionen nicht vorgreifen und sich hier weder mit dem neuen Parteiprogramm noch mit der Beregelung der Mietverhältnisse beschäftigen. Dagegen möchte ich hier eine Frage erörtern, deren Entscheidung keinen Ausschub zuläßt, weil von ihrer Lösung nicht nur das Wohl und Wehe hunderttausender Bauarbeiter, sondern auch das Wohl und Wehe der deutschen Mieter abhängt, nämlich die Frage: Wie verhindern wir den völligen Zusammenbruch der Bauwirtschaft? Wie verhindern wir die weitere Zunahme der Wohnungsnot? Wie verhindern wir eine mögliche Steigerung der Wohnmieten?

Es ist bekannt, wie groß die Wohnungsnot in Deutschland gegenwärtig ist. Es ist ferner bekannt, daß Wohnungsnot nur mit öffentlichen Zuschüssen zu beseitigen ist, und es ist endlich bekannt, daß weder das Reich noch die Länder, noch die Gemeinden die Mittel besitzen, die zur Bewährung weiterer Zuschüssen erforderlich sind. Wenn diese Mittel in allerhöchster Zeit nicht aufgebracht werden, so wird binnen kurzem die ganze Wohnungsbauproduktion zum Stillstand kommen. Die Folge wäre auf der einen Seite eine maßlose Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in allen vom Baugewerbe abhängigen Baustoff-, Transport- und Baubehelfergewerben, den Wohnungsaufstellungsindustrien usw. Denn wenn keine Wohnungen gebaut werden, werden keine Baustoffe, keine Möbel, keine Möbel gebraucht, haben die Holzindustrie, Zementwerke, Kalkwerke, die Baustofftransportbetriebe usw. nichts zu tun. Auf der anderen Seite würde die heute fast schon unerträglich Wohnungsnot und das Wohnungsleiden noch vergrößert, und schließlich würde aus einer über alles Maß hinausgehende Erhöhung der Mieten die Folge sein; denn es ist völlig ausgeschlossen, daß bei einer weiteren Zunahme der Wohnungsnot die bis jetzt noch möglich gewesene gewaltsame Niedrighaltung der Mieten auch ferner möglich sein wird.

Wie lagen die Verhältnisse vor dem Krieg und wie liegen sie jetzt?

Vor dem Krieg konnte das Privatkapital Wohnungen bauen, weil mit dem Wohnungsbau Geld zu verdienen war. Das in den Wohnungsbau eingestrichelte Anlagekapital wurde verzinst, weil die Mieten der Höhe der Baukosten entsprachen. Stiegen die Baukosten, so wurden auch die Mieten erhöht. War es einmal schwierig, die Mieten so hoch anzulegen, daß sie den gestiegenen Baukosten entsprachen, so stellte man den Wohnungsbau vorübergehend ein, verhinderte damit das Angebot von Wohnungen und steigerte die Nachfrage. Damit stiegen die Mieten von selbst wieder auf die Höhe, daß das Bauen wieder rentabel wurde. Mit der Steigerung der Baukosten für neue Wohnungen stiegen auch die alten Wohnungen ständig im Wert. So wurde durch das freie Spiel der Kräfte stets die Möglichkeit, neue Wohnungen zu bauen, geschaffen. Sie wurde geschaffen auf Kosten der Mieter, deren Mieten im allgemeinen so hoch waren, wie dies den ständig steigenden Baukosten entsprach.

Von Hausbesitzern und anderen Interessenten wird heute die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte verlangt. Man weist darauf hin, daß nur dadurch der Wohnungsbau auf privatrechtlicher Grundlage wieder möglich sei. Stelle man das freie Spiel der Kräfte wieder her, so werde die Wohnungsnot in kurzer Zeit beseitigt sein.

Das ist zweifellos richtig; aber was würde die Folge der Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte sein? Die erste Folge wäre, daß die Mieten ganz allgemein bis auf die Höhe stiegen, die dem Privatkapital wieder einen Anreiz zum Bauen böte. Das wäre die Höhe, auf der sich das in Neubauten hineingestrichene Anlagekapital wieder angemessen verzinst. Da die Neubauten heute 12-15 Mal so hoch sind, wie vor dem Krieg, so müßten, um eine angemessene Verzinsung zu erreichen, die Mieten für neue Wohnungen im gleichen Verhältnis erhöht werden. Wie hoch die Mieten sein müßten, wenn die heutigen Neubauten verzinst werden sollten, zeigt das Beispiel des Hamburger Staates, der seit dem vorigen Jahre auf eigene Rechnung Wohnungen baut. Die Kosten für eine Wohnung mit fünf verhältnismäßig sehr kleinen und einfachen

Der Streik in Berlin.

Im Berliner Elektrizitätswerk finden derzeit Verhandlungen statt, die auf eine baldige Beilegung des Streiks hinstreben. Die letzte Sitzung des Streikrates lautete: Die Verhandlungen zwischen der Direktion des Elektrizitätswerkes und der Streikleitung sowie den Organisationsvereinen wurden abgebrochen und sollen morgen (Mittwoch) vormittag fortgesetzt werden. Die Lage ist danach unverändert. Wenn die Arbeit aufgenommen werden wird, sieht man dahin.

Eine zeitgemäße Kommission.

Seit tritt im Oldenburger Landtage eine Kommission aus Abgeordneten zusammen, der die Aufgabe obliegt, zu untersuchen, ob und auf welche Weise sich eine Verbilligung von Verbilligung des Baukosten, ansetzen erreichen läßt. Die Aufgabe ist gewiß zeitgemäß und es ist beizugeden zu wünschen, daß aus den Beratungen etwas Bestimmtes herauskommt.

Bayern und das Reich.

Das Münchener Volksblatt berichtet: Der bayerische Staatsrat hat bei seiner Tagung in Würzburg unter bismarckischem Vorsitz eine Entschließung mit einem warmen Zeugnis für das Reich. Diese nur zu wünschen, daß auch die reaktionären Tendenzen Bayerns in den liberalen Stimmungen des Reiches aufgehen.

Das Tribunal ruft.

Der Wiedereröffnungsausschuß forderte die deutsche Regierung auf, sich auf dem 15. November in Paris haltenden Konferenz darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Italien, Belgien und Serbien auf Grund des Friedensvertrages angeordneten Anleihe- und Anleihenplan zu erfüllen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Ein verdächtiges Gebilde.

Das Heftchen wird gemeldet: Die das Gebiet des Reiches der Provinz Ostpreußen sowie Weichsel und Westpreußen hat sich ein sog. Großdeutsches Reichsamt gebildet, der eine Art Gewerkschaft der Bürger und Bauern als Gegenpart der Gewerkschaften der Arbeiter bilden will. In einer Erklärung des Bundes wird jeder Unterschied in politischen und gesellschaftlichen Ansichten abgelehnt. Er will alle staatsrechtlichen Elemente zusammenfassen.

Bei derartigen Verbänden hat man es in der Regel nicht mit verkappten Reaktionskräften und Arbeitseindern zu tun.

Die Revolutionsfeier in Berlin.

Was Berlin wohl gemeldet: Durch den Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommissionen lagen sämtliche Betriebe still. An Verteilungsmitteln wurden nur die Mühlengänge und die Stadtbahn aufrechterhalten. Die Gas- und Untergrundbahn hatte den Betrieb eingestellt. Die Kommunisten hatten sich gegen die

Räumen einschließlich Küche im Doppelhaus stellen sich in diesem Jahre auf 114.000 Mark. Sollte diese Summe durch die Mieten angemessen verzinst und amortisiert werden, so ergäbe das eine Jahresmiete von 8559 Mark, während die Miete für eine gleiche Wohnung vor dem Krieg höchstens 600 bis 650 Mark betragen hätte. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß zwei so verschiedene Mietpreise für alte und neue Wohnungen nebeneinander bestehen könnten. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage gleichen sich bei Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte die Mieten in ganz kurzer Zeit von selber aus, das heißt, die Kosten für neue Wohnungen würden auch für die Höhe der Mieten in alten Wohnungen maßgebend sein.

Die weitere Folge dieser Entwicklung wäre eine maßlose Steigerung des Wertes aller bereits bebauten Grundstücke. Die Grundstücke würden mit Hypotheken belastet. Ihre Besitzer ständen in Form von Grundrenten wahrhaftig im Gewinne ein. Nachdem die höheren Mieten einmal kapitalisiert wären, könnten später die Mieten auch dann nicht wieder herabgesetzt werden, wenn das Bauen wieder billiger wird. Die heutigen hohen Baukosten würden folglich als ewige Belastung der Mieter.

Wie ist diese Entwicklung zu umgehen? Wie ist die Wohnungsnot zu beseitigen und wie sind die Mieter vor Wiederkehr des freien Spiels der Kräfte auf dem Bau- und Wohnungsmarkt zu schützen? Einen Weg dazu hat schon die Regierung des kaiserlichen Deutschlands gezeigt, indem sie für die Abkürzung der heutigen hohen Baukosten die Gewährung von Baukostenzuschüssen vorschlug. Dieser Vorschlag ist bis jetzt in keinem Umfang auch durchgeführt worden, weil man ursprünglich hoffte, daß die Baukostensteigerung nur eine verhältnismäßig rasch vorübergehende Erscheinung sei. Die gewöhnlichen Baukostenzuschüsse bedeuten nichts anderes, als daß die Gesamtheit des Volkes aus öffentlichen Mitteln für jene Volksgenossen, die die heutigen teuer erbauten Wohnungen bewohnen müssen, den größten Teil der Miete zahlt. Nun hat aber wieder das Reich noch haben die Länder und die Gemeinden die Mittel, um diese Zuschüsse zum Bau neuer Wohnungen weiter zahlen zu können. Wenn die Wohnungsnot behoben werden soll, reichen dazu 100 Milliarden nicht aus. Diese Summen

Feier des 9. November ausgeprochen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet, nachmittags fanden zahlreiche Versammlungen statt. Die Versammlungen waren im allgemeinen auf Besuch. In den Kurven der höchsten Gebäude wurde häufig gearbeitet. Der Reichsdruckerei kam es morgens zu einem Zusammenstoß, da die Arbeiter den Beamten nach Angehörigen den Eintritt verweigern wollten. Auf Veranlassung des Reichsdruckerei wurde das Tor dann schließlich geschlossen. Die kommunistische Arbeiterpartei, die eine Feier des 9. November abgelehnt hat, verbreitete eine Aufforderung zum allgemeinen Generalstreik in Berlin. Dieser Aufforderung wurde jedoch nicht die größte Beantwortung beigegeben, da selbst die Räte haben in einem längeren Briefe gegen einen Generalstreik energig Stellung nahm.

Eine belgische Stimme.

Das Brüssel wird gemeldet: Mehr als der sozialistische Abgeordnete Martheux in der Kammer den Antrag auf Verabschiedung der Denkmäler auf sechs Monate eingezogen, und dabei darauf hingewiesen, daß die ganze Welt nach Erklärung verlangt und ein Anfang damit gemacht werden muß. Der Antrag geht davon aus, daß Deutschland nur noch eine Armee von 100.000 Mann hat und daß Belgien in jedem sich eines neuen deutschen Angriffs nicht allein zu erwehren hätte, der außerdem ganz unwahrscheinlich sei.

Die Regierungsbildung ist noch nicht erledigt. Es können gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem König und einzelnen Politikern. Ihr Ausfall wird die Stellung der Sozialdemokraten wesentlich bebingen.

Auf der Königsjuche.

Die Frage der Thronfolge in Griechenland ist noch immer nicht geregelt. Der Bruder Paul will man angeht. Nun hat die Regierung die bisherige Verträge des verstorbenen Königs als besten erscheinende Frau freilich anerkannt. Da diese demnach eine Reichsgründung entgegensteht, so ist es möglich, daß die Angelegenheit auf diese Weise geregelt wird. Da der neue König also noch gar nicht geboren ist, dürften Bräutigam und seine Freunde vorläufig zum Regieren genügend Zeit haben.

Steigende Altersrente in Dänemark.

Durch die dänische Gesetzgebung ist eine steigende Altersrente jetzt eingeführt. — Vom 60. Jahre an hat der Versicherte Anspruch auf eine Rente, jedoch kann freiwillig auf Bezug verzichtet werden. Die Rente steigt dann um ein Drittel. So beträgt die Rente bei 60 Jahren z. B. 783 Kronen, ein Jahr später 1048 Kronen und fünf Jahre später 1140 Kronen. Was mit dieser Maßnahme bezweckt wird, ist ersichtlich. Man wüßte dem kleinen und immerhin nicht übermäßig stark bevölkerten Lande unter sozialen Gesichtspunkten möglichst lange die Arbeitskraft des einzelnen zu erhalten. Es wäre von Interesse, sozialistische Überlegenheit über Japanzunahme dieses neuen Gesetzes zu erhalten und den Nutzen an Arbeitskraft für das Land zu erhalten. Die Kraft eines Arbeiters ist Selbstvermögen, das bei richtiger Einzahlung und rechtlicher Verwaltung Lebensbedingung eines jeden Staates ist.

durch Anleihen aufzubringen, ist angesichts der völligen Zerrüttung unserer Finanzen unmöglich. Die Regierung plant deshalb die Einführung einer Wohnungsabgabe, die der Öffentlichkeit unter dem Namen einer Mietersteuer bekannt gemorden ist. Sie will mit dieser Abgabe den Wohnungsbau fördern und die hohen Baukosten für neue Wohnungen umglen.

Dieser Grundgedanke ist nur zu begrüßen, denn sein Ziel ist die Herstellung der Solidarität derer, die heute eine Wohnung haben, mit denen, die mohnungslos sind. Es ist nicht gerecht, daß diejenigen, die heute im Besitz von Wohnungen sind, durch die Mieterzuschüsse vor der weiteren Steigerung der Mieten geschützt werden, wenn dadurch ein anderer Teil des Volkes keine Wohnungen bekommen kann. Die Erhebung einer Wohnungsabgabe liegt aber auch durchaus im Interesse der Mieter selbst; denn wenn die Mittel zum Wohnungsbau und zur Befreiung der Wohnungsnot nicht aufgebracht werden, wird sich die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte auf die Dauer nicht verhindern lassen. Die Wohnungsnot muß und wird bei ihrer weiteren Zunahme unter allen Umständen beseitigt werden, wenn nicht die Solidarität der heutigen Wohnungsinhaber, dann ohne sie. Im letzteren Falle würden aber die Mieter zweifellos viel mehr geschädigt, als sie es durch die denkbar höchste Mietersteuer würden, nur daß dann ihr Opfer dem privaten Hausbesitzern zugute kommt. Deshalb sollten die Mieter nicht nur aus Solidarität mit den Wohnungslosen, sondern auch in ihrem eigenen Interesse der Erhebung einer Wohnungsabgabe zustimmen, aber verlangen, daß die Abgabe nach sozialen Gesichtspunkten gestaltet und daß ihr Ertrag nicht zum Bau von Privatwohnungen verwendet wird, sondern daß die mit diesen Mitteln hergestellten Wohnungen soziales Eigentum werden müssen.

Wenn neben der Wohnungsabgabe noch eine Wohnungsluxussteuer erhoben wird, kann dies nur begründet werden, aber mit einer solchen Steuer allein oder mit ähnlichen Mitteln wäre die Wohnungsnot nicht einmal für längere Zeit zu lindern, geschweige zu überwinden.

